

EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

21.4.2008

0033/2008

SCHRIFTLICHE ERKLÄRUNG

eingereicht gemäß Artikel 116 der Geschäftsordnung

von Marie Panayotopoulos-Cassiotou, Marie-Hélène Descamps, Ramona
Nicole Mănescu, Christa Prets und Bart Staes

zur verstärkten Einbeziehung der Jugend in die EU-Politikbereiche

Fristablauf: 24.7.2008

0033/2008

Schriftliche Erklärung zur verstärkten Einbeziehung der Jugend in die EU-Politikbereiche

Das Europäische Parlament,

- gestützt auf Artikel 116 seiner Geschäftsordnung,
- A. in der Erwägung, dass die Kommission sich in ihrem Weißbuch „Neuer Schwung für die Jugend Europas“ (KOM(2001)681 (EP-Entschließung A5-0126/2002) dem Ziel verschrieben hat, die Bedürfnisse der Jugendlichen in anderen Politikbereichen – vor allem Bildung, lebenslanges Lernen, Beschäftigung, soziale Integration, Gesundheit, Autonomie, Mobilität, Grundrechte und Nichtdiskriminierung – stärker zu berücksichtigen,
- B. in der Erwägung, dass der Europäische Rat auf seiner Tagung vom 22./23. März 2005 einen „Europäischen Pakt für die Jugend“ (7619/05) als Instrument zur Erreichung der Ziele von Lissabon angenommen, seine Entschlossenheit in dieser Frage im März 2008 bekräftigt und in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit hingewiesen hat, dass jetzt und in Zukunft in die Jugend investiert werden müsse,
- C. in der Erwägung, dass die Europäische Kommission in ihrer Mitteilung zur Jugend (KOM(2007)498 endg. vom 5.9.2007) zum Ausdruck gebracht hat, dass Jugendthemen in alle Politikbereiche einbezogen werden müssen,
- D. in der Erwägung, dass das Europäische Parlament die Berichte A6-0209/2007 und A6-0024/2008 angenommen und darin betont hat, dass die Jugend besser und stärker berücksichtigt werden muss,
 1. fordert die Kommission auf, die Auswirkungen auf die Jugend und die Ergebnisse des strukturierten Dialogs mit Jugendorganisationen bei der Ausarbeitung von Legislativvorschlägen zu berücksichtigen und einzubeziehen, vor allen in den unter Erwägungsgrund A genannten Politikbereichen;
 2. fordert die Mitgliedstaaten auf, die Jugend bei der Umsetzung der nationalen Lissabon-Reformprogramme in den Mittelpunkt zu stellen und der Jugend in den einschlägigen Politikbereichen Beachtung zu schenken;
 3. beauftragt seinen Präsidenten, diese Erklärung mit den Namen der Unterzeichner dem Rat, der Kommission und dem Europäischen Jugendforum zu übermitteln.